



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/113

17. Mai 1950

Hinweis auf den Inhalt:

Vor 75 Jahren - Parteitag der Einigung	S.1
Tagung für die westliche Donau -Zur Konferenz in Linz -	S.3
151 Mrd. Mark der Ostzone entzogen - Erläuterungen zum russischen Reparationschwandel -	S.5
Neues Täuschungsmanöver der EDJ	S.7

Vor 75 Jahren: Parteitag der Einigung

Am 27. Mai 1875 erfolgte in Gotha die Einigung der beiden Richtungen, die sich als Bestandteile der sozialdemokratischen Bewegung zunächst unabhängig voneinander in den sechziger Jahren gebildet hatten.

Am Beginn des proletarischen Emanzipationskampfes steht ein Mann, der der Bewegung seinen Stempel aufdrückt: Ferdinand Lassalle. Sein "Offenes Antwortschreiben", das er am 1. März 1863 an die Zentralkommission zur Vorbereitung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages richtete, ist die programmatische Grundlage der weiteren Entwicklung. Lassalle verlangte hier die Bildung einer eigenen Arbeiterpartei, die mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht die Macht legal erobern soll, um dann durch staatlich geförderte Produktivassoziationen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Aufgrund dieses Programms wurde Ende Mai 1863 unter Lassalles Vorsitz in Leipzig der "Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" gegründet, eine politische Partei rein sozialistischen Charakters mit äusserst straffer Organisation. Als ihr Präsident ein Jahr darauf im Duell fiel, wird sie von J.B. von Schweitzer im gleichen Geiste weitergeführt. Auch Schweitzer ist antikliberal, auch er hält es für möglich, Bismarck und seine feudal-reaktionäre Gruppe gegen die Bourgeoisie zu benutzen. Gegen diese Taktik aber wehren sich starke sozialistische Kräfte, die, besonders in den deutschen Mittelstaaten, gemeinsam mit bürgerlichen Demokraten für freiheitliche Ideale gegen

Preussen kämpft. Eine "Volkspartei" hat besonders in Sachsen und in Württemberg erheblichen Zulauf. In ihren Reihen stehen zwei revolutionäre Männer grossen Formates: August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Beide kommen über das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das Bismarck tatsächlich - Lassalles Rat entsprechend - eingeführt hat, um seine liberalen Gegner zu übertrumpfen, 1867 in den Norddeutschen Reichstag, in dem auch Schweitzer einen Sitz erringt. Während nun die Volkspartei das Parlament nur als Stätte des Protestes benutzt, bringen die Lassalleaner ein "Gesetz zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital" ein, in dem Zehnstantentag, Einsetzung von Fabrikinspektoren, Verbot von Kinderarbeit und von Trucksystem verlangt werden. Ein langer Streit um die Zweckmässigkeit solchen "Parlamentelns" hebt an. Aber dann, Anfang August 1869, wird in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei von führenden Sozialisten aus der Volkspartei gegründet - sie fordert in ihrem Programm auf Bebels Veranlassung gleichfalls "Ausnutzung aller parlamentarischen Möglichkeiten im Interesse der Arbeiterklasse".

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreiches ist eine neue Zeit angebrochen. Bebel, als einziger Sozialist in den ersten Deutschen Reichstag gewählt, beginnt die Auseinandersetzung mit einer Kampfansage. Im März 1871 erklärt er sich solidarisch mit der Pariser Arbeiterschaft. Mit den Eisenachern nehmen auch die Lassalleaner diese Parole auf. Für Bismarck aber ist Bebels Rede der "Blitzstrahl", der ihn über die sozialdemokratische Bewegung aufklärt. Ihr rascher Vormarsch erschreckt den Kanzler, der den Staatsanwalt Tessenlof beauftragt, die Arbeiterbewegung, gleich welcher Richtung, scharf zu bekämpfen. Die Verfolgung bringt den Rivalen ihre geistige Verbundenheit erst recht zum Bewusstsein. Im Frühjahr 1874 hatte die Generalversammlung der Lassalleaner den Zusammenschluss noch abgelehnt. Schon im Herbst ist, nach Bismarcks rücksichtslosem Vorgehen, die Stimmung für eine grosse Arbeiterpartei überwältigend stark.

Als die Delegierten beider Gruppen Ende Mai 1875 in Gotha zusammenkamen, lag der Programmwurf fertig vor. Gemeinsam bekannte man sich zur völligen Demokratisierung des Staates, zur unbeschränkten Koalitionsfreiheit und zu einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung. Karl Marx freilich nannte das Gothaer Programm "theoretisch unzulänglich", aber die misshandelten sozialistischen Arbeiter fanden, dass "jeder Schritt zu praktischer Bewegung wichtiger sei als ein Dutzend Programme". So wurde alles angenommen, was die Einigung fördern konnte. In den Vorstand berief man drei Lassalleaner und zwei Eisenacher, aber bald wusste niemand mehr, welchem Teil der Bewegung der einzelne entstammte.

So ging die Sozialdemokratische Partei in voller Einigkeit in die schweren Stürme, die dunkle Wolken bereits ankündigten. Der Tag von Gotha gab die Gewähr, dass Bismarcks Sozialistengesetz die organisierte deutsche Arbeiterschaft durch Verfolgung nur noch zu stärken vermochte.

Tagung für die westliche Donau

-s. Wien, im Mai

Zum zweiten Male nach dem Krieg tagte vom 14. bis 18. Mai ein Internationaler Donaukongress; in Linz trafen sich Vertreter aus

Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland und dem Gastland Österreich. Man sprach über den gegenwärtigen Donauverkehr, über den Ausbau des

Linzer Hafens, über die begrenzten Möglichkeiten einer Freihandelszone in Linz, über den Rhein-Main-Donau-Kanal... und fand sich vor

allem einig in der Feststellung, dass "alle Projekte und alle wirtschaftsvernünftigen Vorhaben durch die politischen Gegebenheiten über-

schattet werden". Das heisst, dass alle schönen Worte im leeren Raum verhallen, solange die Sowjets so bleiben wie sie sind, denn sie be-

herrschen direkt und durch ihre Satelliten die Donau von Linz an.

Die Donau von Linz flussabwärts ist in Österreich tot. Von Linz flussaufwärts (amerikanische Zone), auf dem Weg nach und über Deutsch-

land, sind 1949 knappe 80.000 t Fracht gegangen, meist Eisen und Bleche aus den Linzer Fabriken der Vereinigten österreichischen Eisen-

und Stahlwerke. Aus Deutschland sind den gleichen Weg fast 700.000 t Fracht gekommen, ganz überwiegend Ruhrkohle. Es wird künftig, und

das ist die einzige Realität, noch mehr Kohle verfrachtet werden, denn die Kokerei Linz ist auf Ruhrkohle angewiesen und ihr Bedarf wächst.

Die Linzer Konferenz ist ein Torso. Die Ostblockstaaten fehlen; ihr "Schirmherr" Moskau fehlt; aber auch Jugoslawien fehlt. Man er-

innert sich an die Donaukonvention von Belgrad 1948, die jeden Westeinfluss auf Donau-Probleme ablehnte. Aber auch die Ostkonvention

hat einen Schönheitsfehler. Die Donau-Kommission in Galatz hat Mitte November 1949 das abtrünnige Jugoslawien ausschalten wollen und Bel-

grad hat die Ausschaltung natürlich zurückgewiesen. Tito hat starke Trümpfe in der Hand, er droht, den Verkehr am Eisernen Tor zu sperren;

er hat sogar einmal für Pyritfrachten den Donauweg nach Deutschland freibekommen, die Sperre also probeweise durchbrochen, ohne dass

allerdings bis heute weitere günstige Folgerungen gezogen worden wären. Die Taktik Belgrads ist ebenso undurchsichtig wie die Überlegungen

in Moskau; mehr kann auch die Linzer Konferenz zu dieser wesentlichen Frage nicht sagen. Der Hauskonflikt im Osten hat bekanntlich

zum Abbau des Warenaustausches zwischen Jugoslawien und den anderen Donaustaaten geführt; so ist es fraglich, ob 1949 der Umschlag auf

der östlichen Donau die Vorjahreszahlen erreicht hat. (1948 hatten 6036 Schiffe mit fast zwei Mill. t den ungarischen Grenzhafen Mohacz passiert).

Die Stärke der östlichen Donauflotte wird geheimgehalten. Sowjetrussland hat etwa 370 Schiffe der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) übernommen und als seinen Anteil in die Donaugesellschaften der Anrainerstaaten eingebracht. Moskau beansprucht auch unter dem Titel "Deutsches Eigentum" die von den Amerikanern in der österreichischen Westzone sichergestellten Schiffe. Dabei ist gerade in diesem Fall der Begriff "Deutsches Eigentum" sehr konstruiert; vom Aktienkapital der DDSG waren 1938 46,29 Prozent italienischer Besitz, 26,17 österreichischer Anteil, 24,55 bei der österreichischen Kreditanstalt, der Rest österreichischer Streubesitz. Denn allerdings, als ganz Österreich zu Deutschland gehörte, wurde es deutscher Besitz, nachdem aber auch die Sanierung des Unternehmens zu Lasten der österreichischen Steuerträger erfolgt war.

So stehen auch die Besprechungen über die Bedeutung des Rhein-Main-Donau-Kanals unter politischen Vorzeichen. Die wirtschaftlichen Vorteile wären gerade für Österreich sehr gross. Man sagt, dass Österreich etwa 15 Prozent der gegenwärtigen Aussenhandelsmengen über den Kanal leiten könnte (etwa neun Mill. t Einfuhr, 2,4 Mill. t Ausfuhr); bisherige Triester Fracht könnte zu Nordseehäfen abwandern. Eisenwaren aus dem Rheinland würden in Linz kaum viel teurer sein als ab Fabrik. Die Frachtersparnis würde manchen Export nach Nordwesteuropa und Übersee ermöglichen, der heute an einer kleinen Preisdifferenz scheitert. - Aber wie die Vorbedingungen liegen, ist der weitere grosse Vorteil, die Verbindung des Südostens mit Deutschland durch den im Bau befindlichen Kanal in bedenklicher Ferne. - Wobei man eigentlich fragen möchte, ob der Ausbau des Kanals oder der Abbau des Eisernen Vorhanges schneller vor sich gehen werde.

151 Mrd. Mark der Ostzone entzogen

SPD-Denkschrift zur Reparationspolitik der Sowjets

sp. Angeblich auf Antrag der Ostzonenregierung kündigte Stalin in einem Schreiben an den Ostzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl eine fünfzigprozentige Kürzung der noch von der Sowjetzone zu zahlenden Reparationen an. Nach den Angaben dieses Briefes soll die Sowjetzone bis Ende 1950 Reparationen im Werte von 3,7 Milliarden Dollar geleistet haben. In Anbetracht der "pünktlichen Erfüllung des Reparationsolls durch die Sowjetzone" soll die noch zu leistende Summe der Reparationen auf 3,2 Milliarden Dollar festgesetzt werden.

Die sowjetische "Geste" gegenüber der Sowjetzonenregierung ist ein Teil der sowjetischen Kampagne zur ideologischen und politischen Eroberung des deutschen Westens im Zeichen der Nationalen Front. Die Westmächte mit ihrer Demontagepolitik in Westdeutschland sollen durch Stalins Propaganda in eine Stellung gedrängt werden, die es den Sowjets möglich macht, stärkere politische Kräfte - man zielt vor allem auf nationalsozialistische Rechtskreise - für ihre Nationale Front zu gewinnen, die vorgibt, die Gesundung Westdeutschlands sei nur gegen die Westmächte und mit der Sowjetzone möglich. Für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone aber ist die formelle Herabsetzung der Reparationssumme eine Abfuhrpille für die Opposition, die die Sowjets bei den kommenden Oktoberwahlen so sehr fürchtet. Dieser "Wahlschlager war notwendig, weil durch die Forderung der Weltöffentlichkeit auf Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und die Feststellung, dass 500 000 deutscher Kriegsgefangene fehlen, die Sowjets in eine fatale Lage geraten sind. Selbst die von den Sowjets zugegebenen Teilzahlen beweisen indes die Ausbeutungspolitik, unter der die sowjetische Besatzungszone zu leiden hat. Die Sowjets gehen von einer Reparationssumme von 10 Milliarden Dollar aus, die wohl einmal als Diskussionsgrundlage in Jalta und Potsdam diente, jedoch nie beschlossen und als feste Reparationssumme anerkannt wurde. Darüber hinaus könnten

Reparationen erst in einem Friedensvertrag fixiert werden. Alle Reparationsentnahmen stellen also rechtlich nicht zulässige Vor-

leistungen dar. Reparationen und Demontagen sind nur zulässig, wenn es sich um Rüstungswerke und Kriegsproduktion handelt.

Die Sowjets haben dagegen seit 1945 eine Reparationspraxis betrieben, die nicht von der deutschen Pflicht zur Wiedergutmachung ausging, sondern die die Ausbeutung der deutschen Wirtschaft zugunsten der sowjetischen Fünfjahrespläne erkennen liess. Die Entnahmen sind so vielgestaltig, dass sich nur sehr schlecht ein völliges Bild über die Vorgänge seit 1945 gewinnen lässt. Alle Versuche ostzonaler Wirtschaftsbehörden und Kammern, die entnommenen Werte zu registrieren, wurden von den Russen rücksichtslos unterbunden, die beteiligten Personen verfolgt.

Die SPD wird in Kürze eine Denkschrift veröffentlichen, die den Versuch macht, die Reparationsleistungen der Sowjetzone zu errechnen und festzuhalten. Es gibt keinerlei Zweifel daran, dass die angegebene Summe von 3,7 Milliarden Dollar den tatsächlichen Leistungen nicht im mindesten entspricht. Allein die Demontagen und die im Verlaufe der sogenannten "Trophäenaktion" willkürlich entnommenen Werte übersteigen diese Summe um ein wesentliches. Dazu kommt die Berechnung der sowjetischen Reparationsgüter zu Stop-Preisen von 1944, der Wert der Sowjetischen Aktiengesellschaften und der Verlust, der der deutschen Wirtschaft durch die sowjetischen Vorrechte entsteht, die Devisenmanipulationen der sowjetischen Exportgesellschaft mit der Sowjetzonenproduktion und andere Manipulationen bei der Reparationspolitik, die sich nur annähernd in Zahlen wiedergeben lassen. Zwischen der deutschen und der sowjetischen Berechnung der tatsächlichen Leistungen besteht ausserdem eine grosse Differenz, nämlich die, dass die Sowjets die Reparationsgüter nach dem Prinzip des Nutzens für ihre Wirtschaft berechnen, nicht aber nach dem Wert und den Leistungen der Hergabe durch die deutsche Wirtschaft. Ein grosser Teil der Reparationsleistungen, die in der deutschen Wirtschaft schweren Schaden angerichtet haben, ist infolge unsachgemässer Verpackung und

durch widersinnige Demontagemassnahmen als Schrott in der SU angekommen und wird nicht zu dem eigentlichen Wert dem deutschen Reparationskonto gutgeschrieben. Darüber hinaus werden die sogenannten "Feldpostaufträge", für die der deutsche Steuerzahler aufkommen muss, von den Sowjets nicht als Reparationen anerkannt.

Nach den Berechnungen, die in der Denkschrift der SPD ange stellt werden, hat die Sowjetunion im Laufe von fünf Jahren aus der deutschen Wirtschaft mindestens erhalten:

Um-

(Der von den Russen offiziell angewandte Rechnungskurs bei Reparationen setzt die Relation Mark-Dollar mit 1:2,5 fest, weicht also vom heutigen Markkurs ab).

1. Entnahmen im Verlaufe der Trophäenaktion, mindestens	5 Mrd. Mark	=	2 Mrd. Dollar
2. Demontagen in der Sowjetzone und Berlin, mindestens.....	10 " "	=	4 " "
3. 25 Prozent Demontageanteil aus Westdeutschland	1,2 " "	=	0,48 " "
4. Deutsche Schiffe auf Reparationskonto	0,65 " "	=	0,26 " "
5. Abgaben an die Besatzungsmacht aus der lfd. Produktion seit 1945.....	25 " "	=	10 " "
Summe	41,85 Mrd. Mark	=	15,74 Mrd. D.

Hinzu kommt

der Wert der Arbeitsleistung der Kriegsgef. in der UdSSR.....	3,75 Mrd. Mark	=	1,5 Mrd. D.
der Wert der besetzten Ostgebiete...	65 " "	=	26 " "
Vermögensverlust der ausge- wiesenen Deutschen.....	40,5 " "	=	16,2 " "
	151,10 " "	=	60,44 " "

Neues Täuschungsmanöver der FDJ

Das Zentralsekretariat der "Falken", Hannover teilt mit:

Ein Flugblatt unter dem Namen der "Falken", Sozialistische Jugendbewegung, Landesleitung Berlin, unterzeichnet von Klaus Scharf als erstem Vorsitzenden, fordert alle "Freunde in Westdeutschland" mit den üblichen Phrasen auf, zum Pfingsttreffen der FDJ nach Berlin zu kommen. Dieses Schreiben der sogenannten Berliner Falken ist bezeichnender Weise in Frankfurt a.M. von der "Sozialdemokratischen Aktion", einer Kommunisten-Gruppe, herausgegeben und gedruckt worden.

Das Zentrale Sekretariat der Falken in Hannover stellt dazu fest, dass es sich hier um eines der üblichen Fälschungsmanöver der FDJ unter missbräuchlicher Verwendung des Namens und des Symbols der Falken handelt. Unsere Falken in Berlin haben mit der Sache nichts zu tun.

Verantwortlich: Peter Raunau